



Grapscherei am Arbeitsplatz

Sexuelle Belästigung: Auch mancher Witz ist einfach nur sexistisch. Seite 2

Foto: iStock/seraficus

Die Gastgeber

Ohne das lokale Netzwerk No Troika gäbe es Blockupy nicht. Ein Porträt. Seite 18

Kuba trifft auf die EU

Handel steht beim 3. Treffen in Havanna mit auf der Liste. Seite 8

Foto: AFP/Yamil Lage



Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 4. März 2015

70. Jahrgang/Nr. 53

STANDPUNKT

Pegida wirkt

Hendrik Lasch über den Umgang Dresdens mit Flüchtlingen

Zelte, Schlafsäcke und Suppenkessel vor der Dresdner Semperoper – das mag nach deutschem Recht nicht zulässig sein. Das Ordnungsamt, das eine »straßenrechtliche Sondernutzung« nicht bewilligte, hat die Paragrafen auf seiner Seite. Den Flüchtlingen, die in der guten Stube von Sachsens Landeshauptstadt ein Protestcamp errichteten, ging es aber nicht um eine Sondernutzung oder um Sonderrechte. Sie wollten auf Zustände aufmerksam machen, die sie empörend finden: chaotische Unterbringung, lange Verfahren, fehlende Sprachkurse.

Ein Dialog dazu hätte der Stadt und dem Freistaat gut zu Gesicht gestanden; das Camp wäre ein geeigneter Ort gewesen. In Sachsen wird seit Wochen über wenig anderes als über Asyl und Flüchtlinge geredet. Das Problem ist: Es wird fast nur über und kaum mit den Betroffenen gesprochen. Getrieben wird die Debatte von der Straße – von den Tausenden, die den fremdenfeindlichen Parolen von Pegida nachlaufen. Die angebotenen Gespräche, scheint es, sollen das eindämmen und den politischen Schaden begrenzen.

Wenn allerdings zur Abwechslung einmal die Flüchtlinge ihre Sorgen auf die öffentlichen Plätze tragen, ist von Gesprächsbereitschaft nur noch wenig zu spüren. Vielmehr wurde das Protestcamp geräumt – nur Stunden, nachdem Anhänger von Pegida dies gefordert hatten. Das ist ein unschönes Signal – aber konsequent in einem Land, dessen Innenminister Sondereinheiten gegen kriminelle Ausländer verlangte und dessen Regierungschef den Islam als nicht zu Sachsen gehörig ansieht. Es zeigt deutlich: Pegida wirkt.

UNTEN LINKS

Liebe Freunde tiefergelegter PS-Boliden, liebe Diktatoren und Goldkettenträger, verehrte Machos und Aufschneider, auch ihr Pegida-Mitläufer, Psychoanalytiker und wer sich sonst noch angesprochen fühlen darf; oder sagen wir doch gleich: Liebe Männer, es ist vorbei. Schluss, Aus, Ende. Ihr könnt eure Angeberautos verschrotten und mit diesen dämlichen Kriegen aufhören, ihr müsst nicht mehr aus Minderwertigkeitskomplexen heraus andere Leute hassen, und eure Penisneid-Theorien will nun auch keiner mehr lesen – das männliche Glied ist jetzt ein für allemal wissenschaftlich vermessen und die Frage aller Fragen damit beantwortet worden: Die Größe ist 13,12 Zentimeter. Allerdings erigiert. Wir danken den Forschern aus Großbritannien vor allem für den Hinweis, dass »die große Mehrheit der Männer« nun keinen Grund mehr hat, ihre Selbstzweifel und Ängste in Aggression gegen andere umzuleiten. Die Hölle des ewigen Vergleichens ist hiermit geschlossen. tos

ISSN 0323-3375



Willkommenskulturfassade

Dresden duldet kein Protestcamp auf seinem Theaterplatz



Angespannte Stimmung auf dem Dresdner Theaterplatz am Montagabend

Foto: dpa/Arno Burgi

Dresden. Ein spontan errichtetes Flüchtlingscamp, das am Sonnabend in Dresden entstanden war, ist am Dienstagmorgen auf Weisung der Behörden wieder abgebaut worden. Nachdem die Flüchtlinge auf dem Dresdner Theaterplatz am Vorabend von Rechten heim gesucht worden waren, die von der Polizei gehindert werden mussten, den Platz zu stürmen, hatten die Behörden den Flüchtlingen ein zweiseitiges Angebot gemacht. Sie dürften ihre Protestdemonstration gegen die unfreundlichen Dresdner Verhältnisse bis zum 25. März fortsetzen, müssten aber die errichteten Zelte wieder abbauen. So verlange es die

öffentliche Ordnung. Die Flüchtlinge wollen ihren Protest nicht einstellen; offen blieb jedoch zunächst, in welcher Form dies geschehen soll. Aus Sicherheitsgründen werde man den Theaterplatz für die kommende Nacht verlassen, hieß es. Attacken von Rechten seien nicht auszuschließen. »Wir haben wirklich nicht erwartet, dass es nicht möglich ist, in der Öffentlichkeit zu protestieren«, zitierte dpa eine Sprecherin. Einige Flüchtlinge schlossen einen Hungerstreik nicht aus.

In der bundespolitischen Zuwanderungsdebatte warnte unterdessen SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel vor falschen Prioritäten.

Zunächst müsse Deutschland den vielen Flüchtlingen eine Perspektive bieten. »Wir haben Einwanderung, weil auf der Welt Kriege, Not, Elend und Gewalt zunehmen«, sagte er am Dienstag in Berlin. Junge Flüchtlinge brauchten Ausbildung und Sprachkurse, daneben müssten junge Deutsche ohne Schulabschluss qualifiziert sowie Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden: »Das sind die drei Gruppen, über die wir dringendst reden und entscheiden müssen.« Am gleichen Tag hatte die SPD-Fraktion ihr Konzept eines Punktesystems für ein neues Zuwanderungsgesetz vorgestellt. nd/dpa Seiten 3, 4 und 5

»Der März ist geregelt«

Griechischer Finanzminister verspricht fristgerechte Kreditrückzahlung und will Reformen vorlegen

Am Montag will Finanzminister Varoufakis den Euro-Partnern Reformvorschläge vorstellen. Inhalt wird wohl auch die Armutsbekämpfung sein, über die sich die Regierung verständigte.

Von Katja Herzberg

Griechenlands Regierung lässt keinen Tag verstreichen, ihr Arbeitsprogramm voranzubringen. Am Montagabend einigten sich die Koalitionsparteien SYRIZA und ANEL auf einen ersten Gesetzentwurf mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Die Nachrichtenagentur AFP berichtete, aus einem ihr vorliegenden Dokument gehe hervor, dass Haushalte, die ihre Stromrechnungen nicht begleichen können, in diesem Jahr bis zu 300 Kilowattstunden kostenfrei bekommen. Bis zu 30 000 Haushalte sollen außerdem eine monatliche Mietbeihilfe zwischen 70 und 220 Euro erhalten. Essensmarken sind für 300 000

Menschen vorgesehen. Der Gesetzentwurf, mit dem der »humanitären Krise« Einhalt geboten werden soll, wird der erste überhaupt sein, den die Regierung dem Parlament vorlegt.

Und er soll nur der Anfang sein. So hat Finanzminister Yanis Varoufakis in einem Interview mit dem Sender Star TV angekündigt, den Euro-Partnern am Montag »ein Dossier mit sechs Vorschlägen« vorzustellen und in der Eurogruppe über Maßnahmen zu ihrer Umsetzung diskutieren zu wollen. Zudem werde Griechenland seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern erfüllen. »Der März ist geregelt«, sagte Varoufakis mit Blick auf die in diesem Monat gegenüber dem Internationalen Währungsfonds fällige Rückzahlung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro.

Varoufakis will mit seinem Vorstoß darauf hinwirken, dass erste Entscheidungen durch »die Institutionen« noch vor Ablauf der

viermonatigen Frist getroffen werden, die Griechenland in der vergangenen Woche von seinen Geldgebern erhalten hatte, hieß es in Athen. Die Regierung hofft dem Vernehmen nach, dass durch die Vorlage der Maßnahmenliste die Auszahlung von Teilen noch aus-

»Die Eurozone kann nicht reformiert werden.«

Costas Lapavistas, SYRIZA-Abgeordneter

stehender Kredite ermöglicht wird. Hoffnung darauf nährte Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem. Es gebe Maßnahmen, die umgehend ergriffen werden könnten, sagte Dijsselbloem der britischen Tageszeitung »Financial Times« vom Montag. Sollte rasch damit begonnen werden, werde »zu ei-

nem bestimmten Zeitpunkt im März möglicherweise eine erste Tranche fließen.«

Unterdessen kündigte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) an, sich in den kommenden fünf Jahren in Griechenland engagieren zu wollen. Ziel der Investitionen sei es, eine »Rückkehr zum Wachstum« durch eine Stärkung der Privatwirtschaft zu unterstützen, so EBRD-Präsident Suma Chakrabarti am Dienstag in Brüssel.

Innerparteilich steht SYRIZA weiter in der Kritik. Der Ökonom und SYRIZA-Abgeordnete Costas Lapavistas forderte in einem Beitrag für den »Guardian« den Austritt Griechenlands aus dem Euro. »Die Eurozone kann nicht reformiert werden und wird keine »freundliche« Währungsunion, die die arbeitenden Menschen unterstützt.« Laut Lapavistas werden die kommenden vier Monate »eine Periode des stetigen Kampfes für SYRIZA« mit Agenturen

Tausende Lehrer im Warnstreik

Arbeitskampf in mehreren Ländern führte zu Unterrichtsausfall

Berlin. Mit Warnstreiks in mehreren Bundesländern haben tausende Beschäftigte ihre Forderungen im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes untermauert. An einer ersten Streikwelle am Dienstag beteiligten sich nach Angaben der Gewerkschaften vor allem angestellte Lehrer in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin und Sachsen-Anhalt. An vielen Schulen und Berufsschulen fiel Unterricht aus. Auch am Bodensee, in Schleswig-Holstein oder Hamburg legten Landesangestellte zumindest zeitweise die Arbeit nieder.

Die Gewerkschaften fordern für 800 000 Tarifangestellte der Länder 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro mehr. Die Tarifgemeinschaft der Länder hält das für nicht bezahlbar. Zwei Verhandlungsrunden in den vergangenen Wochen waren aber auch wegen Differenzen über die betriebliche Altersvorsorge und die tarifliche Eingruppierung der Lehrer ergebnislos geblieben. Für den 16. und 17. März sind weitere Gespräche anberaumt. Zuvor soll es nach dem Willen der Gewerkschaften ver.di, GEW und Beamtenbund (dbb) weitere Warnstreiks geben. Dazu sind am Mittwoch zum Beispiel erneut Lehrer in Nordrhein-Westfalen und Landesangestellte in Baden-Württemberg aufgerufen.

Mehrere kleinere Gewerkschaften und der dbb lassen bei ihrer Ablehnung gegen das geplante Gesetz zur Tarifeinheit unterdessen nicht locker. So warf dbb-Chef Klaus Dauterstadt der Bundesregierung am Dienstag in Berlin mangelnde Grundgesetztreue vor. dpa/nd Seiten 6 und 9

Regierung verteilt Milliarden

»Ausbluten« von Kommunen soll mit Investitionen gestoppt werden

Berlin. Die Große Koalition hat sich auf die Verteilung ihres Investitionspaketes geeinigt und will auch klammen Kommunen helfen. Wie Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Dienstag bekanntgab, wird der Bund neben seinem Zehn-Milliarden-Paket den Kommunen im Wahljahr 2017 eine Finanzspritze in Höhe von 1,5 Milliarden Euro geben. Damit sollen Städte und Gemeinden ihre marode Infrastruktur sanieren. Darüber hinaus will der Bund ein Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro einrichten, mit dem vor allem Investitionen »in finanzschwachen Gemeinden« gefördert werden sollen.

Aus dem Zehn-Milliarden-Paket sollen sieben Milliarden Euro in die Verkehrswege, Energieeffizienz, schnelles Internet und den Städtebau fließen. Die restlichen drei Milliarden werden auf die Ministerien verteilt, worüber sich Union und SPD monatelang gestritten hatten. Wie die »Ruhr-Nachrichten« berichteten, sollen besonders die unionsgeführten Ministerien für Verkehr, Verteidigung und Bildung profitieren.

Mit der Finanzspritze für die Kommunen soll ein »Ausbluten« verschuldeter Städte und Gemeinden gestoppt werden, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Viele könnten ihre Aufgaben nicht mehr bezahlen. Das sei sozialer Sprengstoff. nd/dpa Seite 16

Lesen Sie heute im Ratgeber

Zum Ablauf der Kündigungsfrist für Datschengrundstücke am 3. Oktober 2015

Mindestlohn und Minijobs: Was ist dabei alles zu beachten?

Vier-Sterne-Kreuzfahrt ist eine irreführende Werbung